

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 04/2024



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das Aprilwetter macht seinem Namen alle Ehre. Hochsommerlich warm bis eiskalt; sonnig bis regnerisch, überraschend und unzuverlässig stellt sich das Wetter aktuell dar. Beinahe sinnbildlich für die aktuelle Politik.

Im Bundestag haben wir diese Wochen wieder intensiv debattiert und als Unionsfraktion Initiativen auf den Weg gebracht. Hervorheben möchte ich das 12-Punkte-Programm zur Stärkung der deutschen Wirtschaft. Es braucht dringend nötige Impulse, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, Unternehmertum und das Arbeiten in unserem Land wieder attraktiver zu machen.

Außenpolitisch geht es gegenwärtig ebenfalls turbulent, ja teils gar gefährlich zu. Die Ukraine bedarf nach wie vor unserer Unterstützung, der Krieg im Gaza-Streifen hält an und der Angriff des Iran auf Israel zeigt, wie gefährlich die Lage in der gesamten Region ist. Die Konflikte haben aber auch innenpolitische Auswirkungen. Der zunehmende Antisemitismus gerade auf deutschen Straßen muss uns erschrecken und zugleich zum entschlossenen Handeln motivieren.

Schließlich möchte ich von meiner Delegationsreise nach Wien berichten. Mit dem Familienausschuss haben wir einiges über die familienpolitische Praxis in unserem Nachbarland erfahren. Die vielfältigen Impulse haben wir gerne mit nach Deutschland genommen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und kommende Woche natürlich einen fröhlichen und friedlichen Tanz in den Mai!

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

UNSER LEITANTRAG: WIRTSCHAFTSWENDE

Die Weltwirtschaft läuft aller Orten wieder an, die Wachstumsraten steigen – allein an Deutschland läuft der Trend leider gegenwärtig vorbei. Wir sind Schlusslicht, was Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft angeht. Alarmierend sind vor allem strukturelle Probleme. Diese Ausgangslage sollte Anlass und zugleich Ansporn für die Bundesregierung sein, hier endlich couragiert und ambitioniert gegenzusteuern. Seitens der Ampel wird dazu viel gestritten. Die FDP hat vollmundig ein Wachstumspaket in Aussicht gestellt, aber leider verbleibt es hier bei bloßen Ankündigungen. Das unlängst veröffentlichte Papier zeigt in die richtige Richtung. Die FDP blinkt richtig, biegt dann aber doch falsch ab: Einerseits fordert sie lautstark eine weitere Abschaffung des Solidaritätszuschlags und den Ausgleich der kalten Progression, andererseits verhindert sie die dafür notwendigen Schritte im Parlament. Die Beschlüsse der Ampel sind das Gegenteil dessen, was die FDP fordert.

Politik hat immer auch etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun. Diese kann die FDP nunmehr endlich unter Beweis stellen. Wir wollen sie beim Wort nehmen und stellen daher in einem Antrag unter dem treffenden Schlagwort „Wirtschaftswende“ einen 12-Punkte-Reformplan für die Wirtschaft im Parlament zur Abstimmung. Der Antrag listet wichtige Impulse für unsere heimische Wirtschaft auf, welche die FDP, ihren Ankündigungen folgend, allesamt mittragen müsste. Unsere Vorschläge zielen darauf,

- den Solidaritätszuschlag zumindest schrittweise zu streichen;
- die Steuern auf einbehaltene Gewinne von Unternehmen auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 % abzusenken;
- den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum in gleichem Maße wie das Bürgergeld anzuheben;
- deutliche Arbeitsanreize für Mehrarbeit und dementsprechend Steuervorteile für geleistete Überstunden einzuführen;
- die kalte Progression für die Jahre 2025 und 2026 auszugleichen und die hierfür nötigen Schritte bereits heute in die Wege zu leiten;

TERMINE

27.03.2024, 09:00 Uhr
Kreisparteitag CDU RBK

Bürgertreff Schildgen, 51467 Bergisch Gladbach

28.04.2024, 11:00 Uhr
Messerundgang

Bergische Bautage
Konrad-Adenauer-Platz, Bergisch Gladbach

28.04.2024, 12:45 Uhr

Fassanstich Burscheider Umweltwoche
Kirchenkurve, 51399 Burscheid

30.04.2024, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Overath
Rathaus Overath, Raum 102
Hauptstr. 25, 51491 Overath

04.05.2024, 18:00 Uhr

Frühjahrskonzert Heimatklänge Nussbaum
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

05.-08.05.2024 Bundesparteitag
Berlin

Sitzungswoche 13.05.-17.05.2024
Deutscher Bundestag

14.05.2024, 12:15 Uhr

Panelteilnehmer beim ZIA Finance Day 2024
Berlin

14.05.2024, 18:15 Uhr

Panelteilnehmer „Finanzierung Strukturwandel“
- Metropolregion Rheinland
Landesvertretung NRW in Berlin

23.05.2024, 10:00 Uhr

Staatsakt – Verfassungstag
75 Jahre Grundgesetz
Paul-Löbe-Haus, Berlin

29.05.-02.06.2024

103. Deutscher Katholiken Tag in Erfurt

*Weitere Informationen finden Sie auf
meiner Homepage!*

- die gegenwärtigen Vermittlungsbemühungen der Jobcenter weiter zu stärken und stärkere Sanktionen bei verweigerter Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen. Auch die Hinzuverdienstregeln müssen zukünftig leistungsgerechter ausgestaltet werden;
- das umfangreiche, überregulierende nationale Lieferkettengesetz bis zum Inkrafttreten und der Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie vollständig auszusetzen.

Sozial gerechte Politik bedeutet auch, dass wir die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft nicht über die Maßen belasten. Sie tragen unseren wirtschaftlichen Wohlstand und machen sozialstaatliche Leistungen erst möglich. Wenn der Staat die sozialen Leistungen ausbauen will, muss die Wirtschaft ebenso entsprechend wachsen.

UNSERE FORDERUNG: SANKTIONEN GEGEN DEN IRAN

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten ist äußerst besorgniserregend. Der Iran hat erstmals in seiner Geschichte Israel direkt von seinem Staatsgebiet aus angegriffen – mit einer Vielzahl an Drohnen und Raketen. Diese Attacke ist der traurige Höhepunkt einer stetig zunehmenden und im Wesentlichen vom Iran ausgehenden Eskalation. Gemeinsam mit seinen terroristischen Unterstützern im Libanon, Jemen, Syrien und leider auch in den Palästinensischen Gebieten spielt der Iran gegenwärtig mit dem Feuer und führt eine neue, gefährliche Konfliktlage in der gesamten Region herbei. Wir als Unionsfraktion haben uns mit detaillierten Anträgen zur Sanktionierung des iranischen Terrorregimes und zur Unterstützung der iranischen Revolutionsbewegung bereits im vergangenen Jahr deutlich und klar positioniert. Die Bundesregierung agiert derzeit leider glück- und ziellos und schaut den Entwicklungen tatenlos zu.

Deutschland und insbesondere die gegenwärtige Bundesregierung sind zu lange zu nachsichtig mit dem iranischen Regime umgegangen. Das war sicherlich auch von der berechtigten Hoffnung getragen, vielleicht doch noch ein Wiederaufleben des Atomabkommen erreichen zu können. Die Rücksicht auf die iranische Zivilbevölkerung hat dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Aber die Hoffnung wurde enttäuscht. Spätestens jetzt müssen wir uns korrigieren, muss die Bundesregierung ihre Iran-Politik neu ausrichten und mit einem klaren Sanktionspaket entschieden handeln. Dem iranischen Regime müssen die fortgesetzte Unterdrückung des eigenen Volkes, weitere Angriffe auf Israel sowie die Unterstützung der Handlanger des Regimes so schwer wie möglich gemacht werden. Dazu müssen die Revolutionsgarden als

EINBLICKE



Hallo! Mein Name ist Bozi. Aktuell mache ich mein Abitur. Im April hatte ich zwei Wochen die Möglichkeit, ein Praktikum bei Herrn Dr. Tebroke zu absolvieren und ihn bei seiner Arbeit im Bundestag zu begleiten. Während dieser Zeit bekam ich einen umfassenden Einblick in die vielfältigen Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten sowie in die komplexen Abläufe hinter den Kulissen.



In dieser Woche habe ich gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten der Grünen und der SPD den Sustainability Transformation Monitor 2024 kommentiert. Der Sustainability Transformation Monitor ist eine von der Universität Hamburg, Stiftung Mercator und der Bertelsmann Stiftung erstellte Studie, die sich mit dem Vorschreiten der Transformation von Unternehmen und Finanzwirtschaft befasst. In einer spannenden Runde tauschten wir uns darüber aus, wie die Transformation in Richtung Klimaneutralität gelingen und zugleich der Wirtschaftsstandort Deutschland weiterhin erfolgreich sein kann.

Urheber des Terrors EU-weit als terroristische Vereinigung gelistet werden und auch wir in Deutschland unseren Beitrag dazu leisten. Es kann nicht sein, dass Deutschland als einer der wichtigsten Handelspartner des Iran den Terror mitfinanziert. Wir müssen insoweit auch die Lieferketten in den Blick nehmen. Durch Lieferung von Dual-Use-Gütern darf der Iran nicht noch weiter technologisch gestärkt werden. Zu keinem Zeitpunkt darf der Iran in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen – die Folgen wären verheerend. Dass der Iran vor dem Einsatz ihm zur Verfügung stehender Mittel nicht zurückschreckt, hat er leider bewiesen.

UNSER AUFTRAG: KAMPF GEGEN DEN ANTISEMITISMUS

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus leider auch auf deutschen Straßen, in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender Weise zutage getreten. Darüber war hier schon die Rede. Aber es wird nicht besser, wohl im Gegenteil. Jüdische Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Studierende erfahren noch häufiger als schon zuvor Anfeindungen und Angriffe. Die Vorkommnisse sind teils gravierend! Der Deutsche Bundestag hat sich infolgedessen völlig zu Recht im Oktober 2023 in einer einstimmigen Resolution klar an die Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland und in der Welt sowie an die Seite Israels gestellt. Auf Grundlage dieser klaren Positionierung haben wir in weiteren Gesetzentwürfen und Initiativen den rechtlichen und politischen Handlungsbedarf formuliert. Ich bedauere ausdrücklich, dass einzelne Verhandlungspartner in den Parteien der Ampelkoalition nicht bereit waren, mit uns ernsthaft über wirksame und notwendige Maßnahmen zu verhandeln. Nach mehreren Wochen des Hinhaltens, Verzögerns und Taktierens sowie einiger inhaltlich unzureichender Vorschläge seitens der Koalitionsfraktionen haben wir uns als Unionsfraktion daher entschlossen, unsere Gesetzentwürfe und Initiativen eigständig im Plenum zur Debatte zu stellen – um endlich voranzukommen.

In unserem Leitantrag zur vereinbarten Debatte am 9. November 2023 – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ – haben wir klar hervorgehoben: Der Staat Israel kann sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Es darf in Deutschland keinen Zweifel geben, wo die demokratischen Kräfte stehen: An der Seite Israels und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Solidarität muss dauerhaft bestehen, selbst dann, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert und auch in der Zeit danach. Diese Solidarität muss erst recht dann gelten, wenn sich Antisemitismus und Israelhass auf deutschen Straßen zeigen. Das sind

GRÜSSE AUS DEM TEAM



Mein Name ist Dr. Andreas Ladenburger und ich arbeite seit 2017 für Herrn Dr. Tebroke in Berlin.

Im Bundestagsbüro bin ich als Büroleiter für juristische und personelle Fragen zuständig. Gern können Sie mich unter der Telefonnummer 030 227 79549 oder unter hermann-josef.tebroke.ma02@bundestag.de erreichen.

genau die Momente, in denen es auf couragiertes Handeln ankommt. Es geht um Glaubwürdigkeit.

In unserem Leitantrag haben wir 49 Punkte für eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus zusammengeführt. Auch haben wir zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, um zutage getretene Gesetzeslücken zu schließen. Damit verstärken wir die strafrechtliche Sanktionierung antisemitischer Äußerungen. Zugleich wollen wir die Sympathiewerbung für Terrororganisationen unter Strafe stellen. Wir fordern eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, um zukünftig rechtsverbindlich und klar die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu verhindern. Schließlich haben wir auch einen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in Bildung und Forschung vorgelegt. Jüdische Schülerinnen und Schüler haben mitunter Angst, zur Schule zu gehen. Jüdische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind Übergriffen ausgesetzt. Das jüngste Beispiel aus den USA, bei dem einer jüdische Studierenden der Zutritt zur Universität von einer antisemitischen Menschenmenge verwehrt wurde, mahnt uns eindringlich, derartigen Zuständen in unserem Land vorzubeugen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dementsprechend zu einem deutlichen Handeln auf. Die Hochschulgesetze sind anzupassen, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Wir sind der Meinung, dass das staatliche „Exzellenz“-Siegel in Wissenschaft und Forschung künftig nur noch solche Einrichtungen erhalten können, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Auch setzen wir uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken.

Es für mich an dieser Stelle zu betonen: Die Unterstützung Israels bedeutet nicht, dass wir an Israel keine Kritik üben können, an dessen Kriegsführung im Gaza-Streifen, seiner Siedlungspolitik oder an den jüngsten politischen Reformen. Auch oder gerade unter befreundeten Staaten sind Meinungsverschiedenheiten keine Seltenheit und gegenseitige konstruktive Kritik üblich.

Berechtigte Kritik an Israel, auch deutlich vorgetragen, bedeutet nicht, die unverbrüchliche Solidarität mit diesem Land aufzukündigen. Wir stehen fest an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Die Bürgerinnen und Bürger Israels, gleich welcher Ethnie oder Religion, müssen auch zukünftig in Frieden und Freiheit leben können. Ihnen gilt unsere Unterstützung.

UNSERE MEINUNG: DAS NEIN ZUM SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ

Nach monatelangen kontroversen Debatten innerhalb der Koalitionsfraktionen hat die Ampel das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ in der letzten Sitzungswoche plötzlich doch auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestags gesetzt und mit ihrer Mehrheit Mitte April beschlossen. Es ersetzt das bis dahin geltende Transsexuellengesetz. Das Gesetz sowie die darauf basierenden Prozesse waren unstrittig dringend reformbedürftig. Aber mit diesem Schritt sind Maß und Mitte aufgegeben und das eigentliche Ziel aus den Augen verloren. Künftig ist es beinahe voraussetzungslos möglich, den Geschlechtseintrag und den Vornamen zu ändern - ohne Gutachten, ohne qualifizierte Beratung und ohne gerichtliche Entscheidungen. Für Minderjährige gelten grundsätzlich die gleichen Regeln: Kinder bis 14 Jahre können durch bloße Erklärung ihrer Eltern den Geschlechtseintrag ändern. Jugendliche ab 14 Jahre sollen eine Änderung mit Zustimmung ihrer Eltern sogar selbst erklären können. Stimmen die Eltern nicht zu, so ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, wenn die Änderung des Geschlechtseintrags oder des Vornamens dem Kindeswohl nicht widerspricht.

Das „Selbstbestimmungsgesetz“ der Ampel haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden abgelehnt, wengleich wir die Not der Betroffenen und den Reformbedarf des Transsexuellengesetzes sehr wohl gesehen haben. Statt auf die vielfältigen Bedenken und Sorgen aller Seiten einzugehen, hat die Ampel von Beginn an eine einseitige und unausgewogene Lösung verfolgt, die erheblichen gesellschaftlichen Sprengstoff birgt. Dies wurde mir persönlich nicht zuletzt durch die zahlreichen Schreiben, die ich dazu erhalten habe, deutlich. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich vor rechtlicher Beliebigkeit. Dass Kinder und Jugendliche zukünftig ohne qualifizierte Beratung und adäquate Begleitung ihr rechtliches Geschlecht wechseln können, verstößt unserer Auffassung nach gegen die Prinzipien eines angemessenen Kinder- und Jugendschutzes. Wir wissen darum, dass es gerade auch in jüngeren Jahren zur Frage der Geschlechtlichkeit im Zeitablauf veränderliche Unsicherheiten gibt. Statt wenigstens ein Mindestmaß dieses Schutzes zu gewährleisten, werden Familien in schwierigen Situationen sich selbst überlassen. Durch den Wegfall der Übermittlungsverpflichtung von Namensänderungen an die Sicherheitsbehörden wird dem Missbrauch der gesetzlichen Regelungen zur Identitätstäuschung zugleich Tür und Tor geöffnet. Es wird künftig auch Straftätern möglich sein, mit neu ausgestellten Pässen unkompliziert auszureisen. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes konnte die Ampel nicht beantworten.



Gruppenbild der Delegation des Familienausschuss vor dem Schloss Schönbrunn.

Einblick in den historischen Sitzungssaal im österreichischen Parlament.



Das mit der Ampel-Mehrheit im Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz hilft am Ende einem Großteil der Betroffenen nicht. Es liefert Scheinlösungen, problematische Nebenwirkungen und ist meines Erachtens unverantwortlich. Es sieht so aus, als geht für die Ampel kurzzeitiger Koalitionsfrieden vor Rechtssicherheit und Kinder- und Jugendschutz. Leider konnten wir die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs als Oppositionsfraktion nicht verhindern. Wir sichern aber zu, dass wir die Umsetzung des neuen Gesetzes kritisch begleiten werden. Wo immer es uns möglich und geboten ist, werden wir bestmöglich auf Änderungen hinwirken.

UNTERWEGS: DELEGATIONSREISE NACH WIEN

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Familienausschuss war ich Mitte April für drei Tage auf Delegationsreise in unserem Nachbarland Österreich. Im Vordergrund des Besuchs standen Gesprächs- und Informationstermine zu den Themen Pflege und pflegende Angehörige, die Ausgestaltung einer möglichen sogenannten „Kindergrundsicherung“, Familienbeihilfen und -besteuerung sowie der Fachkräftemangel in der Elementarpädagogik. Auch wenn beide Länder ähnliche Strukturen haben, ist die Ausgestaltung der familienpolitischen Maßnahmen doch recht unterschiedlich. Gesprächspartner waren Vertreterinnen und Vertreter des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, des Kanzleramtes, der Sozialen Dienste Burgenland, der Volkshilfe Wien sowie dem österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut und dem Institut für Familienforschung. Einige Eindrücke hieraus:

Im Bereich der Elementarpädagogik, also der Betreuung und Bildung von Kindern in Kindergarten und Vorschule, hat Österreich wie in Deutschland einen erhöhten Fachkräftemangel, der in den kommenden Jahren dramatisch anwächst. Bemerkenswert erscheint mir, wie man um Nachwuchskräfte wirbt, Qualifikationsvoraussetzungen differenziert und Möglichkeiten des Quereinstiegs schafft – offenbar durchaus mit Erfolg.

Bei den Sozialen Diensten Burgenland wurde uns das Konzept der angestellten pflegenden Angehörigen näher erklärt. Das Land Burgenland hat 2019 die Pflege Service Burgenland GmbH gegründet, um die pflegenden Angehörigen sozialversicherungsrechtlich zu beschäftigen. Durch eine Vergütung oberhalb des Mindestlohns sollen finanzielle Nachteile zumindest teilweise ausgeglichen werden, wenn sie sich – mit Begleitung aus professionellen Stützpunkten – um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:
hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet:
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 26.04.2024

Auf den ersten Blick ist das System aus steuerlichem Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag in Deutschland den Elementen des Familienlastenausgleichs in Österreich vergleichbar.

Bemerkenswert sind die Unterschiede, die sich auf den zweiten Blick ergeben. So ist die Ausrichtung der Maßnahmen weniger kinder- als familienorientiert. Während bei uns das Kindergeld nach den letzten Beschlüssen für alle Kinder gleich hoch ist, ist es in Österreich nach dem Alter gestaffelt und umso höher, je mehr Kinder in einem Haushalt leben.

Großes Interesse der österreichischen Gesprächspartner galt der deutschen „Kindergrundsicherung“. Dabei gingen Gesprächspartner offenbar davon aus, dass die „Kindergrundsicherung“ bereits so gut wie eingeführt und unstrittig sei. Tatsächlich ist dies – auch wenn die Vertreter der Ampel in der Delegation das nicht so deutlich sagen wollten – mitnichten der Fall. Vielmehr gibt es nach wie vor große Bedenken und Kritik, weswegen wir uns als CDU/CSU nach wie vor entschieden gegen die bisher vorliegenden Pläne wenden.

Zum Thema der Kindergrundsicherung hat die Volkshilfe Wien ein Forschungsprojekt durchgeführt, um diese in einer leider nur sehr kleinen Stichprobe zu testen. Erwähnenswert sind die Erkenntnisse, dass bessere finanzielle Ausstattung sicher nützt, ohne sagen zu können, wie stark der positive Einfluss auch aus der intensiven Begleitung der Familien im Projekt resultiert. Schließlich wurde deutlich, dass eine bundeseinheitliche Kindergrundsicherung nur so effizient und gerecht sein kann, wie es gelingt, die über die Bundesländer und Regionen bereits bestehenden und teils sehr unterschiedlichen familien- und sozialpolitischen Leistungen berücksichtigen (können). Dies wurde beim Gesprächstermin im Österreichischen Instituts für Familienforschung, welches ein unabhängiges wissenschaftliches Institut für anwendungsorientierte Studien und Grundlagenforschung zur Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften ist, untermauert. Die Gespräche haben uns als CDU/CSU in der Kritik an den Plänen der gegenwärtigen Bundesregierung bestätigt und sollten den Ampel-Parteien zu denken geben.